But the book's use of newly available historical sources might also be described as disappointing. As a land between East and West, with qualities of both extremes, Poland is an ideal place to wonder about the interrelationships of political culture and socio-economic development. Fifteen years after the opening of archives, one might have hoped that a general history address big questions, for example about the growth of democracy in Poland. An assumption underlies much of the older work on Poland that, had the Soviets not intervened, Poland might have enjoyed the fruits of democracy. Is that true? Was there a consensus in postwar Poland for liberalism that was crushed from outside? From the opposite end of the book, one might have hoped for more consideration of what Communism wrought in Polish society. F. notes that reform succeeded in Poland in the late 1980s, while it was still unthinkable in most other Bloc countries. What made Poland special? And why has Poland had a smoother transition than other former Soviet countries? Perhaps, as Ralf Dahrendorf once surmised for Germany, the destruction of old elites removed some of the obstructions to democracy. Or was the creation of a largely mono-ethnic Poland the decisive factor? Or the odd conjuncture of factors in the late 1980s: the fact that neither regime nor opposition could impose its will upon the other?

Readers searching for more historical judgment may be better satisfied with Andrzej Paczkowski's history of 1997, which also covers the years 1939-1989. F. terms Paczkowski's treatment "essayistic," but he does so with evident respect. And so perhaps it is more appropriate, not to ask of F. a grand synthesis or questions he might regard as speculative, but rather to assess this work in its own terms: and here one must judge it a success. F.'s history is an accurate, eminently fair, wide-ranging and well-paced study of Poland under dictatorship. And if it ignores literature not in the Polish language, it does provide a comprehensive survey of work that has appeared in Polish, often on the minutest subject. As such it is a work that every Western scholar interested in Poland should have close at hand.

Berkeley

John Connelly

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).

Andrzej Pasek: Przestępstwa okupacyjne w polskim prawie karnym z lat 1944-1956. [Besatzungsverbrechen im polnischen Strafrecht in den Jahren 1944-1956.] (Acta Universitatis Wratislaviensis, Bd. 2376.) Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego. Wrocław 2002. 209 S.

Der vorliegende Band beschäftigt sich mit der Ahndung sogenannter Okkupationsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen. Wie Andrzej Pasek zeigen kann, gab es sowohl im Lager der der Exilregierung in London unterstehenden politischen Kräfte als auch bei den polnischen Kommunisten bereits während des Krieges weitreichende Überlegungen, neue strafrechtliche Regelungen für die unter der Okkupation begangenen Verbrechen zu schaffen. Diese Neuregelung war nicht zuletzt deshalb notwendig, weil das polnische Strafrecht von 1932 ebenso wie die Strafgesetzbücher aller anderen Staaten der Anti-Hitler-Koalition keine ausreichenden Mittel zur Ahndung der Kriegs- und Okkupationsverbrechen des NS-Regimes bereitstellte. Die faktische Machtübernahme der Kommunisten im Sommer 1944 hatte zur Folge, daß nur deren Konzepte Eingang in den Gesetzgebungsprozeß fanden. Schon Ende August 1944 erließ das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung das für die Bestrafung der Okkupationsverbrechen maßgebliche Dekret über das „Strafmaß für faschistisch-hitleristische Verbrecher“. Dessen Name allein macht deutlich, daß es den neuen Machthabern nur um die Abrechnung mit den deutschen, nicht jedoch mit den sowjetischen Besatzungsverbrechen ging. Das Dekret hatte den Charakter eines Rahmengesetzes, war sehr allgemein formuliert und gab der Judikative breiten Gestaltungsspielraum bei der Anwendung und Auslegung der darin formulierten Normen. Die Gerichte im Nachkriegspolen wurden damit zu wirkungsvollen Vollstreckern der von

den neuen kommunistischen Machthabern vorgegebenen politischen Direktiven. Erweitert wurde ihr Handlungsspielraum unter anderem dadurch, daß Prinzipien der Strafprozeßordnung von 1932 für die Ahndung der Okkupationsverbrechen außer Kraft gesetzt wurden. So setzten sich die im Herbst 1944 ins Leben gerufenen Sondergerichte für Strafverfahren (*Specjalne Sądy Karne*) aus einem Berufs- und zwei Laienrichtern zusammen. Letztere wurden von den überwiegend kommunistischen Wojewodschaftsnationalräten (*Wojewódzkie Rady Narodowe*) bestimmt. Die Sammlung von Beweisen für die vor den erwähnten Gerichten anhängigen Verfahren oblag den Beamten des Amtes für Öffentliche Sicherheit (*Urząd Bezpieczeństwa Publicznego*), das in enger Weise mit sowjetischen Militärberatern kooperierte.

Das erwähnte August-Dekret zielte sowohl auf die Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher als auch polnischer Kollaborateure. Daneben waren Dekrete bzw. Gesetze von Bedeutung, die eine Reaktion auf die Nationalitätenpolitik der deutschen Besatzungsmacht darstellten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand vor allem die Verurteilung nationalsozialistischer Kriegsverbrecher im Mittelpunkt des Interesses der neuen Machthaber. Aufgrund der Erfahrungen der polnischen Bevölkerung während der Okkupationszeit konnten sie sich sicher sein, daß sie bei dieser mit einer konsequenten strafrechtlichen Ahndung der Okkupationsverbrechen Pluspunkte sammeln konnten. Daneben trat der Versuch, eine „nationale Selektion“ (S. 128), diesmal aber in umgekehrter Richtung als unter der NS-Herrschaft, vorzunehmen. Den „Abfall von der polnischen Nationalität“, der vor allem im Unterschreiben der Deutschen Volksliste gesehen wurde, ahndeten die Behörden gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit Lagerhaft, Zwangsarbeit, Vermögenskonfiskation und Entzug der Bürgerrechte. Erst als deutlich wurde, daß die kompromißlose Anwendung der neuen strafrechtlichen Regelungen der komplizierten Nationalitätenstruktur etwa im nach dem Ersten Weltkrieg Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens nicht gerecht wurde, wurde das Vorgehen differenzierter und die vielerorts zunächst verhängten Sanktionen wieder aufgehoben.

Galten die Unterzeichner der Deutschen Volksliste als „offene“ Kollaborateure, behielt man sich den Begriff der „verdeckten“ Kollaboration für Mitglieder des nichtkommunistischen Untergrundes, aber auch der oppositionellen PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, Polnische Volkspartei) vor. Diese rückten seit 1947 zunehmend ins Visier der Gerichte. In der Propagandasprache der Zeit hieß es, daß nicht nur mit den ausländischen, sondern auch mit den heimischen „Faschisten“ abzurechnen sei. Durch den Vorwurf, der nichtkommunistische Untergrund sowie die Exilregierung hätten mit den Nationalsozialisten kooperiert, versuchten die Kommunisten ihre politischen Gegner in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. In den Jahren 1948 bis 1955 fielen dieser Auffassung zahlreiche Mitglieder des Untergrundstaates und der nichtkommunistischen Kampfverbände zum Opfer.

Etwas zu kurz kommt die Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit Regelungen des internationalen Rechts, wie etwa die Normen des Nürnberger Militärtribunals, Eingang in die innerpolnische Gesetzgebung fanden bzw. von dieser reflektiert wurden. Dennoch stellt die Studie einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Volksrepublik Polen dar, indem der Nachweis erbracht wird, daß es einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen der traumatischen Kriegs- und Besatzungszeit und der Implementierung der neuen politischen Ordnung gab.

Bochum

Claudia Kraft

Pavel Krafl: Synody a statuta olomoucké diecéze období středověku. [Synoden und Statuten der Olmützer Diözese im Mittelalter.] (Práce Historického ústavu AV ČR, Řada B: Editiones, Bd. 2.) Historický ústav AV ČR. Praha 2003. 272 S.

Wer sich bisher die mittelalterlichen Statuten der Olmützer Diözese ansehen wollte, war immer noch auf die völlig unzulängliche Ausgabe von Fasseau aus dem Jahr 1766